

Senator Dr. Schulte-Sasse: Meines Wissens war auch das eine viertel Stelle.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Ich hatte Sie eben so verstanden, dass Sie von einer halben Medizinischen Fachangestellten gesprochen haben. Habe ich das falsch verstanden?

Senator Dr. Schulte-Sasse: Die Lösung, die seit dem Jahr 2011 nach dem Ausscheiden der Mitarbeiterin gefunden wurde, war eine Lösung mit einer viertel Stelle, die wieder als viertel Stelle besetzt wird, und es soll dann wieder im Rahmen der referatsübergreifenden Kooperation eine vollständige und uneingeschränkte Funktionsfähigkeit dieser Einheit hergestellt werden.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Wie viele zusätzliche Untersuchungen von Prosituierten, die vielfach nicht krankenversichert sind, könnten mit einer solchen medizinischen Fachangestellten erledigt werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte-Sasse: Ich sage Ihnen zu, dass ich diese sehr spezielle Frage, die ich im Moment nicht beantworten kann, nachträglich beantworten werde.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Piontkowski [CDU]: Nein! Ich freue mich auf die Antwort!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift „**MOBS und kein Ende?**“. Die Anfrage trägt die Unterschrift der Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Sachstand bei der vom Senat zugesagten Wiedereinführung des Mobilien Bürgerservices in Bremen-Osterholz, MOBS?

Zweitens: An welchen Standort plant der Senat die Inbetriebnahme des MOBS?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Ehmke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Fecker!

Präsident Weber: Sehr geehrter Herr Präsident, zu Beginn!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Obwohl er es einmal gelernt hat, nicht!)

Staatsrat Ehmke: Entschuldigung! Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Fecker! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Das Konzept zur Wiedereinführung des Mobilien Bürgerservices im Ortsamt Bremen-Osterholz befindet sich im Mitbestimmungsverfahren. Nach erfolglosem Schlichtungsverfahren hat das Stadtamt nunmehr die Einigungsstelle angerufen. Der Ausgang des Mitbestimmungsverfahrens bleibt abzuwarten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sind Sie sicher, Herr Staatsrat, dass das alles war? Ich hatte in Frage zwei gefragt, für welchen Standort Sie planen!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Wir haben das Thema bewegt, und der Hinweis, das räume ich ein, ist in der Antwort zu Frage zwei ein bisschen versteckt.

(Heiterkeit)

Sie ist aber beantwortet, und zwar im Ortsamt Bremen-Osterholz. Es geht also tatsächlich um das Gebäude des Ortsamts.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die Erklärung! Sagen Sie bitte kurz etwas zur Zeitplanung: Wie lange dauert das ganze Verfahren noch? Es zieht sich, vorsichtig formuliert, ja schon etwas länger hin!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Wir haben das leider nicht vollständig in der Hand. Eigentlich hofften wir, heute mit einem Ergebnis glänzen zu können, weil ursprünglich für gestern ein Termin der Einigungsstelle angesetzt war, der aber vom Vorsitzenden der Einigungsstelle aufgehoben worden ist. Bisher ist zwischen den Beteiligten, also dem Vorsitzenden der Einigungsstelle, dem Stadtamt und dem Personalrat, kein neuer Termin vereinbart worden. Es gibt bis jetzt noch keinen neuen Termin. Ich habe gerade noch einmal vor der Sitzung nachgefragt, aber wir können keinen neuen Termin nennen. Wie gesagt, wir haben das Verfahren nur eingeschränkt in der Hand. Es ist jetzt die Aufgabe des Vorsitzenden der Einigungsstelle, einen neuen Terminvorschlag zu unterbreiten.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Aber Sie sind noch guter Hoffnung?

(Zuruf von der CDU: Was?)

Staatsrat Ehmke: Noch nicht! Wir haben natürlich auch ein Interesse, dieses Verfahren zum Abschluss zu bringen. Wir stehen hier häufiger, um Fragen zum MOBS zu beantworten. Insofern wären wir sehr erfreut, wenn wir bald eine Entscheidung der Einigungsstelle vorliegen hätten. Sobald der Spruch der Einigungsstelle vorliegt, ist zu klären, wie es weitergeht, gegebenenfalls müsste der Senat letztlich entscheiden. Es wäre dann eine Frist von zwei Monaten zu beachten. Es wäre gut, wenn eine einigermaßen zügige Abwicklung erfolgen würde.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rohmeyer. - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Hochverehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsrat! Sie haben eben etwas zur Zeitplanung nach dem Termin der Einigungsstelle gesagt. Sie haben eben von zwei Monaten gesprochen, können Sie vielleicht noch etwas konkreter werden? Rechnen Sie mit einer Inbetriebnahme des MOBS noch im Jahr 2015, nachdem die ursprünglich für das Jahr 2011 versprochene Aufnahme des Betriebes des Mobilien Bürgerservice auf Nachfragen an Ihren Senator in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bislang nicht erfolgt ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Rohmeyer, das hängt von dem Ergebnis der Einigungsstelle ab, und dazu kann ich jetzt nichts sagen. Wenn der Einigungs-

spruch dahingehend lautet, dass das vorgelegte Konzept mit zwei Stellen vierzehntägig umgesetzt werden soll, dann kann relativ zeitnah, also dann auch noch in diesem Jahr, die entsprechende Umsetzung beginnen. Wie gesagt, ich habe jetzt überhaupt keine Erkenntnis über das Ergebnis, sagt sie ja oder nein oder versucht sie, mit den Parteien einen Kompromiss zu vereinbaren, und welche Folgen aus diesem Einigungsspruch erwachsen. Ich würde Ihnen gern die Folgen aus dem Spruch der Einigungsstelle nennen, ich kann es aber nicht.

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Staatsrat, Ihr Senator hat den Bürgerinnen und Bürgern von Osterholz das politische Versprechen, die Zusage gegeben, dass der Mobile Bürgerservice im Sommer 2011 seinen Betrieb aufnimmt. Es war nicht von Schlichtung und Einigung, sondern nur von der Tatsache der Aufnahme des Betriebes und dem dann regelmäßigen Mobilien Bürgerservice die Rede. Jetzt geht es mir nicht darum, welchen Weg Sie wählen, den Weg dürfen Sie sich selbst gern aussuchen, sondern ich frage Sie: Ist im Jahr 2015 mit der Aufnahme des Betriebs des Mobilien Bürgerservices zu rechnen, auch wenn die Einigungsstelle nein zu diesem Weg sagt, den Sie bisher vorgeschlagen haben? Werden Sie dann einen anderen Weg beschreiten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Rohmeyer, den Weg dürfen wir uns nicht aussuchen, sondern wir sind an Recht und Gesetz gebunden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns im Rahmen des Personalvertretungsgesetzes befinden und wenn wir die Schlichtungen und die Einigungen durchzuführen haben, dann können wir uns keinen anderen Weg ausdenken, sondern dann sind wir darauf angewiesen, das Verfahren durchzuführen, gegebenenfalls bis zu einer Entscheidung durch den Senat.

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Staatsrat, dieser Antwort entnehme ich, dass Ihr Senator im Jahr 2011 ein Versprechen gegeben hat, das er offensichtlich nicht gewillt war zu halten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Herr Rohmeyer, ich kann Sie nicht daran hindern, meinen Antworten irgendetwas zu entnehmen. Ich habe gesagt, dass wir an Recht und Gesetz gebunden sind und dass wir das Verfahren der Einigung und der Schlichtung nach dem Personalvertretungsgesetz abwickeln müssen, und zwar mit dem Ziel, das vollkommen unbestritten ist, einen Mobilen Bürgerservice in Bremen-Osterholz anbieten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Nur die Bemerkung, Herr Präsident, dass dieser Antwort des Staatsrats somit zu entnehmen ist, dass der Senator Versprechungen unabhängig von Recht und Gesetz macht!)

Präsident Weber: Das war jetzt keine Zusatzfrage, Herr Kollege!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Das hat er doch gesagt!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Emissionen von Quecksilber aus Bremer Kohlekraftwerken**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Schierenbeck, Frau Dr. Kappert-Gonthier, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viel Quecksilber wird von den Kohlekraftwerken Hastedt, Hafen und Farge pro Jahr emittiert?

Zweitens: Um wie viel müssten die Quecksilberemissionen dieser Kraftwerke reduziert werden, wenn Deutschland die strengeren US-Grenzwerte einführen würde?

Drittens: Welche weiteren technischen Möglichkeiten zur Reduzierung von Quecksilberemissionen gibt es, die derzeit in Bremen noch nicht zum Einsatz kommen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Emissionen in den Jahren 2007 bis 2012 betragen rechnerisch, basierend auf pauschalen Emissionsfaktoren, rund 300 Kilogramm pro Jahr. Seit dem Jahr 2012 beziehungsweise 2013 werden Kontrollmessungen durchgeführt. Aus diesen wurden für die beiden Kraftwerken der swb Hastedt und Industriehafen reale Emissionen errechnet, die um rund 70 Prozent niedriger als die pauschal berechneten Werte sind. Die Differenz ist mutmaßlich unter anderem auf den Einsatz anderer Kohlequalitäten zurückzuführen. Für die Gesamtemissionen aus bremischen Kraftwerken im Jahr 2013 ergibt sich somit ein Wert von circa 172 Kilogramm pro Jahr.

Zu Frage 2: Der US-Grenzwert ist mit den deutschen Grenzwerten nicht direkt vergleichbar, da sich die messtechnischen Randbedingungen und Bezugszeiträume unterscheiden. Überschlägig kann davon ausgegangen werden, dass die US-Grenzwerte für Steinkohlekraftwerke um den Faktor sechs strenger sind. Die Kontrollmessungen in den genannten Bremer Kraftwerken ergeben Werte, die in der Größenordnung der US-Grenzwerte liegen, sodass die reale Verminderung nur gering ausfallen würde.

Zu Frage 3: In Deutschland wurde ein neues Verfahren zur bromgestützten Quecksilberabscheidung entwickelt, das in den USA und versuchsweise auch in deutschen Kraftwerken zum Einsatz kommt. Die Quecksilberemissionen liegen unter einem Mikrogramm pro Kubikmeter und damit zehnfach unter dem bundesdeutschen Jahresgrenzwert. Weitere Techniken sind noch in der Entwicklung. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Dr. Schierenbeck, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Schierenbeck!

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich das falsch verstanden habe: Ist es richtig, dass für Bremen-Farge gar keine Zahlen, also keine Messungen vorliegen?

Senator Dr. Lohse: Ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen, ich vermute aber, dass es sich aus dieser Antwort ergibt, das ist richtig, weil die Messungen für zwei Kraftwerke, die beiden swb-Standorte, konkret beschrieben werden, während bis dahin ja auch für diese Kraftwerke die aus den pauschalen Immissionsfaktoren berechneten Immissionen angegeben wurden.